



Gute Jahresbilanz

von Manfred Becker, Vorsitzender der SPD-Fraktion Lichtenberg

Die Fraktion der SPD in der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg kann auf ein erfolgreiches erstes Jahr kommunalpolitischer Arbeit nach den Wahlen 2006 und der Neubildung der BVV zurückblicken.

Vergrößert auf 17 Mandate konnte sie mit gewachsenem Selbstbewusstsein die Debatten und Entscheidungen der BVV mit bestimmen. Mit zahlreichen Initiativen haben wir Themen gesetzt und auf Probleme hingewiesen, von denen eine ganze Anzahl durch Berliner Tageszeitungen und die bezirklichen Verteilblätter aufgegriffen worden sind. Aus der Menge der **SPD-Anträge** sei hier an einige erinnert:

Das alte Wasserwerk an der Landsberger Allee attraktiv entwickeln! Die Fachhochschule für Verwaltung und Recht in Friedrichsfelde erhalten! Das Freibad an der Wuhlheide wieder öffnen! Eine weiträumige Umfahrung der Treskowallee während der ab 2008 geplanten Bauarbeiten am S-Bahnhof Karlshorst vor-

sehen! Maßnahmen gegen das Austrocknen des Gehrensees ergreifen! Die Einmündung der Buchberger Straße in die Frankfurter Allee endlich ausbauen! Ein Energiekonzept für Lichtenberg! Gewalt zwischen Rechts- und Linksextremen im Weitlingkiez verurteilen! Dem Unwissen über die DDR und der Verharmlosung des SED-Staates entgegenwirken!

Mit einer **öffentlichen Fraktionssitzung zum Thema Kraftwerksneubau** durch Vattenfall im Kulturhaus Karlshorst haben wir zu einer differenzierteren Urteil über diese Frage im Bezirk entscheidend beigetragen und in der Diskussion in den Wochen danach das schlichte „Nein zur Kohle. Punkt!“, das dem Bezirk jegliche Mitentscheidungsmöglichkeit genommen hätte, abgewendet. Sehr früh (eigent-

lich schon mit meiner Ansprache als „Alterspräsident“ auf der konstituierenden BVV-Sitzung) haben wir das **Thema der bezirklichen Haushaltspolitik** angeschnitten. Wie Recht wir damit hatten, zeigte sich, als das Bezirksamt im Frühjahr 2007 das **bestürzende Ergebnis der Jahresrechnung 2006** mitteilen musste: **Die Ausgaben hatten die Einnahmen um 15,7 Mio. Euro überstiegen!** Seitdem drängt die SPD auf strikte Haushaltsdisziplin sowohl im Haushaltsvollzug als auch bei der Aufstellung des bezirklichen Doppelhaushaltsplans 2008/09. An dieser Stelle ist

der SPD missverstanden, das freilich gegenüber einer Fraktion nicht funktionieren konnte, die nicht Juniorpartner innerhalb einer Quasi Großen Koalition sein will. **Zum endgültigen Zerwürfnis ist es dann bei der Verabschiedung des Doppelhaushaltsplans 2008/09 im September gekommen**, als die LINKE eine Absprache, die wir zuvor zu Gunsten einer disziplinierten Ausgabenpolitik mit ihr getroffen hatten, nicht einhielt. Bis zum heutigen Tage scheint die LINKE nicht verstehen zu können, was das bei uns ausgelöst hat, auslösen musste. Da darf sich niemand wundern, wenn wir von



Hart arbeiten für Lichtenberg: Die SPD-Fraktion bei ihrer Klausurtagung 2007 Foto: Schymetzko

von unserem **Verhältnis zur LINKEN** zu sprechen: Es war von Anbeginn der jetzigen BVV-Amtsperiode an schwierig, konnte es wohl angesichts der Ausgangslagen auch nicht anders sein: Die LINKE, ihrer absoluten Mehrheit beraubt, musste bald die schmerzliche und ungewohnte Erfahrung des Überstimmtwerdens machen. Die erstarkte SPD war nun mit großem Abstand zu den anderen Parteien zweitstärkste Kraft und dachte in streitbarem Selbstbewusstsein gar nicht daran, sich bei der LINKEN zuvor zu vergewissern, ob dieser unsere Initiativen gefallen würden. Die zwischen beiden Parteien geschlossene **Kooperationsvereinbarung blieb beidseitig ungeliebt**. In unserer Wahrnehmung hat die LINKE sie wohl als Instrument der Ruhigstellung

Doppelspiel sprechen. Für uns war und ist das die **Aufkündigung der Vereinbarung**. Diese ist praktisch nicht mehr existent. Die Folge ist: In der BVV kommt es immer wieder zu **wechselnden und knappen Zufallsmehrheiten**, die keine klaren Entscheidungslinien entstehen lassen. Man sollte sich allerdings darüber im Klaren sein, dass die offenkundige Rivalität der bei-

den großen Fraktionen den kleinen sehr zupass kommt; **wie schön ist es, die beiden Großen gegeneinander auszuspielen!** Angesichts der dargestellten Situation sollte um des Bezirks willen eine **punktueller Konsenssuche** zwischen den beiden großen Fraktionen nicht ausgeschlossen sein, unter **Hintanstellung von Überempfindlichkeit und Dauerkonfrontationsneigung**.

Erfreulich ist, dass die NPD auch nicht einen Stich in der BVV bekommen hat. Konsequenz sind alle ihre – teils empörenden, teils verführerischen – Anträge mit sämtlichen Stimmen der Anderen abgelehnt worden. Das soll auch so bleiben! **Namens der SPD-Fraktion wünsche ich allen, die diese Information lesen, ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2008!**

Der stellvertretende Bezirksbürgermeister Andreas Geisel hat das Wort:

Zum Stand der Planungen von Vattenfall an der Rummelsburger Bucht

Vor genau einem Jahr wurde der Wunsch des Unternehmens Vattenfall bekannt, am Standort des jetzigen Braunkohle-Heizkraftwerkes Klingenberg in Rummelsburg ein neues Heizkraftwerk zu errichten.

Es folgte eine heftige, teilweise auch unsachlich und illusorisch geführte Diskussion. Jetzt war lange nichts mehr zu hören. Wie ist nun der aktuelle Stand?

In den Jahren bis 2015 wird der Ersatz des technisch veralteten Braunkohle-Kraftwerks Klingenberg notwendig. Diese Erkenntnis ist zweifellos unangenehm, aber die Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft mit Energie und Heizwärme muss dauerhaft, ausreichend und sicher gewährleistet werden. Vor allem die Frage der Heizwärme kann nicht ungelöst bleiben, denn die Menschen in den ca. 300.000 davon abhängigen Haushalten in

Die angrenzenden Wohngebiete und der in unmittelbarer Nähe gelegene Plänterwald sind auf familienfreundliches Wohnen bzw. Erholung ausgerichtet. Deshalb darf ein Neubau oder ein Ersatz des bisherigen Kraftwerks die Wohnqualität nicht verschlechtern.

Bundesweit wird gegenwärtig die Frage diskutiert, welcher Energieträger für neue Kraftwerke eingesetzt werden kann. Jede mögliche Energiequelle ist auf ihre klimatischen Folgen, aber auch auf ihre Auswirkungen auf die mögliche Preisentwicklung für die Endverbraucher zu überprüfen. **Die Energie- und Fernwärmepreise müssen für die Mieterinnen und Mieter auch in Zukunft bezahlbar bleiben.** Wenn wegen des CO²-Ausstoßes keine Steinkohle eingesetzt werden soll, stellt sich die Frage, was dann? Erdgas bietet sich einerseits als logische Alternative an. Sie wird aber wegen der ungenügenden Versorgungssicherheit und der damit verbundenen Kosten-erhöhungen sehr kritisch gesehen. Erdgas ist üblicherweise an den Preis von Erdöl gekoppelt und dessen rasante Preisentwicklung ist an den Tankstellen nun genau zu beobachten. Und

werke ermöglicht und regenerative Energien fördert.

2. Konsequente Wärmedämmung bei Gebäudesanierungen und der verstärkte dezentrale Einsatz regenerativer Energien müssen öffentlich gefördert und von den Bauherren ein-

Andreas Geisel
Stadtrat für Stadtentw.,
Bauen, Umwelt & Verkehr



gefordert werden, denn sie führen zu deutlich sinkenden Verbrauchszahlen. Bestes Beispiel ist das Lichtenberger Niedrigenergiehaus in der Schulze-Boysen-Straße. Ein neues Kraftwerk darf deshalb nicht größer als benötigt geplant werden, sondern muss auf sinkende Verbräuche eingestellt sein.

3. Das Kartell der großen Stromkonzerne und deren unverschämtes Preisdiktat müssen politisch angegriffen und aufgelöst werden. Der Energiemarkt braucht echten Wettbewerb.

4. Bei der Klimadebatte darf der „Blick auf die Menschen“ nicht verloren gehen. Energie und Fernwärme müssen sich auch die Normalbürger weiter leisten können, denn sonst verliert die Debatte jede Akzeptanz in der Bevölkerung. Ein Beispiel ist hier die frühere Forderung der Grünen nach einem Benzinpreis von fünf DM pro Liter. Klimatisch ist das sicher gut gemeint, aber ohne jeden Blick auf die Wirklichkeit.

5. Städtebaulich darf ein Ersatzbau in Rummelsburg die kinder- und familienfreundlichen Wohngebiete in seiner Umgebung nicht gefährden.

Vattenfall hat seine Pläne bis zum Ende dieser Diskussion auf Eis gelegt. Wie dieses Ende aussehen wird, ist schwer vorherzusagen. Aber sicher ist, dass weitere forsche Erklärungen auf der Basis „gesunden“ Halbwissens zwar die Emotionen anheizen, aber eben nicht für sichere und bezahlbare Fernwärme sorgen. **Die Debatte muss seriös geführt werden.**



Heutiger Zustand: Kraftwerk Klingenberg an der Rummelsburger Bucht

Berlin werden, salopp gesagt, kaum mit der Aussage „tragt künftig dicke Pullover und duscht kalt“ zufrieden sein. Das Problem ist umfangreicher und seriöser. Die Klimadebatte und das Tempo der globalen Erwärmung haben allgemein zu der Erkenntnis geführt, dass **der Ersatzbau eines Kraftwerks nicht zu einer absoluten Steigerung des CO²- Ausstoßes in der Region führen darf.** Neue Anlagen müssen die Umweltsituation verbessern. **Die bisherigen Ideen von Vattenfall sind dabei deutlich überdimensioniert.** Auch der angedachte Kühlturm und die Inanspruchnahme der Spree gehen so nicht.

die bekannten regenerativen Energieträger (Wind, Sonne, Biogas, Erdwärme) sind derzeit technologisch bei weitem nicht zur Erzeugung der in Rede stehenden Fernwärmeleistung des Kraftwerks Klingenberg in der Lage.

Die SPD vertritt in der Debatte folgende Position:

1. Der Klimaschutz darf nicht in bloßem Wortgeklingel enden, sondern muss konsequent vorangetrieben werden. Deutschland braucht ein modernes Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz, das moderne, klimaschonende Kraft-

Kerstin Beurich, Stadträtin für Schule, Sport und Soziales findet:

Echt cool...

...war die Überraschung, die ich gemeinsam mit dem Bezirksstadtrat für Wirtschaft und Immobilien den Schülerinnen und Schülern der Grund-

Schüler der Grundschule hatten sich unter der engagierten Anleitung durch den Schulleiter Herrn Barthl und der Lehrerinnen und Lehrer am

stoß zu verringern. **Die Grundschule im Grünen machte ihrem Namen alle Ehre** und verstand es, alle



Wettbewerb „**Coolle Schule – prima Klima**“ zum Energiesparen an Lichtenberger Schulen beteiligt. Ziel des Wettbewerbs war es, dass sich die Schülerinnen und Schüler mit dem Thema Energie auseinandersetzen und durch ein geändertes Nutzerverhalten einen

Kerstin Beurich
Stadträtin für Schule,
Sport und Soziales



schule im Grünen am 24.10.2007 bereiten konnte. Die Schülerinnen und

wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten um so den CO₂-Aus-

Klassenstufen einzubeziehen und durch kreative und altersgerechte Beiträge die Juroren so zu überzeugen, dass ihr der **1. Preis in Höhe von 2.000 €** zugesprochen werden konnte. Ebenfalls ausgezeichnet wurden die **Bürgermeister-Ziethenschule** mit 1.000 € für den 2. Platz und die **Matibi-Grundschule** mit 500 € für den 3. Platz.

Verbesserung der Beschäftigungschancen für Jugendliche und Menschen mit Vermittlungshemmnissen

von Blashka Brechel, Sprecherin für Soziales und Mieterinteressen der SPD-Fraktion Lichtenberg

Am 01.10.2007 traten zwei wichtige Gesetze, das Vierte Gesetz zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch zur Verbesserung der Qualifizierung und Beschäftigungschancen für jüngeren Menschen mit Vermittlungshemmnissen und das Zweite Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch-Perspektiven für Langzeitarbeitslose mit besonderen Vermittlungshemmnissen-JobPerspektive in Kraft.

Von der anhaltend guten konjunkturellen Entwicklung profitieren nicht alle Jüngeren gleichermaßen. Fehlende berufliche Qualifikation, gesundheitliche Einschränkungen und Schuldenprobleme erschweren eine erfolgreiche berufliche Eingliederung. Bildungsschwache Jugendliche und junge Erwachsene, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sollen daher die Chance erhalten, sich am Arbeitsplatz zu bewähren und ihre Qualifikation zu verbessern.

Das Gesetz zur Verbesserung der Qualifizierung und Beschäftigungschancen von jüngeren Menschen mit Vermittlungshemmnissen sieht folgende Maßnahmen vor: Im Sozialgesetzbuch II und III wird als neue Arbeitgeberleistung ein **Qualifizierungszuschuss für die Einstellung von jüngeren Arbeitnehmern** (die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben) eingeführt, die zuvor mindestens sechs Monate arbeitslos waren, ohne Berufsabschluss sind und während der geförderten

Beschäftigung betrieblich qualifiziert werden. Gefördert werden Arbeitgeber für längstens zwölf Monate mit 50 Prozent des berücksichtigungsfähigen Arbeitsentgelts, wobei 15 Prozentpunkte für die Qualifizierung des jüngeren Arbeitnehmers zweckgebunden sind. Bei der Bemessung des Zuschusses werden Bruttoarbeitsentgelte von höchstens 1.000 Euro monatlich zugrunde gelegt. Die gesetzliche Regelung ist bis Ende 2010 befristet.

Es wird zudem ein **Eingliederungszuschuss für jüngere Arbeitnehmer** geschaffen, um eine Verfestigung von Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Er richtet sich an Arbeitgeber, die jüngere Arbeitnehmer einstellen, die trotz eines Berufsabschlusses zuvor mindestens sechs Monate arbeitslos waren. Gefördert werden Arbeitgeber für längstens zwölf Monate mit mindestens 25 und höchstens 50 Prozent des berücksichtigungsfähigen Arbeitsentgelts. Bei der Bemessung des Zuschusses werden auch hier Bruttoarbeitsentgelte von höchstens 1.000 Euro monatlich zugrunde gelegt. Die gesetzliche Regelung ist ebenfalls bis Ende 2010 befristet.

Auch die **Möglichkeit von sozialpädagogischer Begleitung** und organisatorischer Unterstützung bei betrieblicher Berufsausbildung und Berufsausbildungsvorbereitung wird eingeführt. Träger können bei der Durchführung entsprechender Maßnahmen gefördert werden, um die betriebliche Eingliederung benachteiligter Auszubildender in den Arbeitsprozess

durch begleitende sozialpädagogische Betreuung zu stabilisieren.

Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Beschäftigungschancen von Menschen mit Vermittlungshemmnissen wurde eine **langfristige Förderung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung** eingeführt. Gefördert wird die Einstellung von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, die das 25. Lebensjahr vollendet haben, langzeitarbeitslos sind und mehrfache Vermittlungshemmnisse aufweisen, bei denen eine mindestens sechsmonatige Aktivierung nicht zum Eingliederungserfolg geführt hat und bei denen eine Erwerbsfähigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt innerhalb der nächsten 24 Monate nicht zu erwarten ist. Gefördert werden Arbeitgeber mit einem Lohnkostenzuschuss von bis zu 75 Prozent. Die Förderdauer beträgt in der Regel 24 Monate. Der Beschäftigungszuschuss kann wiederholt gewährt werden. Zudem können pauschalierte Kostenzuschüsse für eine begleitende Qualifizierung gewährt sowie in Einzelfällen Einmalzahlungen für einen besonderen Aufwand der förderfähigen Beschäftigungsmöglichkeiten erbracht werden. Bekannt ist diese Förderung auch als **„Öffentlicher Beschäftigungssektor“**. In Berlin werden (bis zum Jahr 2010) 10.000 sozialversicherungspflichtige Stellen entstehen, insgesamt sind für die Bundesrepublik sind 100.000 Stellen vorgesehen.

Zukunft des Kulturhauses

Zweimal für Karlshorst

von Ole Kreins, Mitglied der SPD-Fraktion Lichtenberg

In dem Stadtteil, indem nur knapp 10% der Lichtenberger Bevölkerung wohnen, liegt einiges im Argen. Karlshorst hat ein schönes, denkmalgeschütztes, aber stark renovierungsbedürftiges Theater. Es ist im Besitz der HOWOGE und wird seit Ende März nicht mehr bespielt, weil sich kein Betreiber findet, der Miete und Nebenkosten aufbringen kann.

Karlshorst hat aber auch ein Kulturhaus. Das steht nicht unter Denkmalschutz und hat einen großen Saal, ist aber sonst nicht unbedingt für Kultur geeignet. Hier findet trotzdem Kultur in Karlshorst statt. Viele kleine Gruppen bieten Kulturelles an. Von Jazzmusik bis zum Zimmertheater findet sich alles. Die beiden Gebäude liegen knapp 100 Meter voneinander entfernt, getrennt durch die Treskowallee. Anfang 2007 legte das Kulturamt ein Raumbedarfskonzept vor. Dieses Konzept versuchte die Bedarfe der Vereine und Kulturschaffenden, die im Kulturhaus Karlshorst ansässig sind, zu planen. Für den Fall des **Neubaus des Kulturhauses** konnte das Kulturamt seine Wünsche äußern. Es sollte wieder ein großer Saal sein, kleinere Räume für Büros, aber auch moderne Räume, die den Bedürfnissen der Kulturschaffenden entsprechen. Dazu müsste man das Grundstück an einen Investor verkaufen, der würde das alte Kulturhaus abreißen, einen Discounter mit Parkplatz im Hinterhof und an der Straßenfront ein Kulturhaus bauen. Damit sich das für den Investor lohnt, muss der Bezirk dann auf 25 Jahre die Immobilie zurückmieten. Für den Investor lohnt sich der Abriss und Neubau nur in dem Fall, dass der Bezirk vertraglich garantiert Mieteinnahmen verspricht und ein Großteil des Geländes kommerziell (kleinere Läden und ein Supermarkt) genutzt werden kann. Das kommt dem Bezirk nicht nur einmal teuer, weil er ein Grundstück verschenkt oder unter Preis verkaufen muss, sondern gleich

zweimal, weil er die Immobilie zurückmieten muss.

Aber wo bleiben die Kunstschaffenden während der Bauphase? Diese und viele weitere Fragen sind teils gar nicht, teils unbefriedigend geklärt. Und was wird aus dem denkmalgeschützten Theater östlich der Treskowallee? Ohne Nutzung verfällt jedes Haus und mit dem Umbau der Brücke am Bahnhof Karlshorst bis 2009 wird auch der Bahnhofsvorplatz neu gestaltet werden. Wir können dort **keine Ruine mit S-Bahnanschluss** an einen neu gestalteten Bahnhofsvorplatz entstehen lassen. Die SPD-Fraktion sieht eine andere Möglichkeit. Diese ist städtebaulich vorteilhafter und scheint auch preiswerter für den Bezirk zu sein. Sie geht damit eher auf den Vorschlag der HOWOGE ein, die ihr **Theater als Kulturstandort, also als Kulturhaus** anbieten will. Eine ökologische Fassadensanierung, moderne Heizungen und ein Umbau des Gebäudekerns nach Denkmalschutzstandart sollten den Kulturschaffenden einen Umzug ins Theater schmackhaft machen, finanziert natürlich durch die HOWOGE. Und da das Theater zu groß für eine ausschließliche Nutzung durch das Kulturamt und die Karlshorster Vereine wäre, ist auch an gewerbliche Nutzungen gedacht. Auch hier müsste der Bezirk Miete zahlen, aber die HOWOGE gehört der öffentlichen Hand, dem Land Berlin. Die **Gefahr, ein Investor würde nur mit dem Bezirk ein Geschäft machen wollen**, bestünde nicht. Zumal sich die HOWOGE an vielen Stellen im Bezirk engagiert.

Ein weiteres Argument der SPD-Fraktion ist, dass auf dem jetzigen Standort des Kulturhauses eine vollständig kommerzielle Nutzung geplant werden könnte, um Kaufkraft in Karlshorst zu halten. Auch könnte das Land Berlin in Zeiten knapper Kassen die Grundstücke erfolgreicher verwerten, wenn weniger Bedingungen an den Verkauf geknüpft wären. Karlshorst würde somit

einen **Stadtplatz mit modernisiertem Kulturstandort und zugleich eine Aufwertung auf der westlichen Seite der Treskowallee** erhalten.

Mehrfach wurde die Bezirksstadträtin für Kultur Frau Framke (Die Linke) durch die BVV beauftragt, die Bürgerinnen und Bürger über ihr Vorhaben zu informieren und mit den Kulturschaffenden zu diskutieren, damit alle bei der Entscheidungsfindung zur Mitte Karlshorsts beteiligt gewesen wären. Dies zögerte die Kulturstadträtin immer wieder hinaus und beglückwünschte zwischendurch den Investor als Sieger des Bieterfahrens.

Mittlerweile ist die Bezirksstadträtin zurückgerudert und hat auch mit der Öffentlichkeit diskutiert. Dabei kam allerdings heraus, dass sowohl die Kulturschaffenden, als auch die Bürgerinnen und Bürger andere Vorstellungen zum Kulturstandort Karlshorst hatten. Man solle **das Theater nicht einfach verfallen lassen**. Auch konnte Andreas Geisel (SPD, Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Bauen, Umwelt und Verkehr) darlegen, warum es aus städtebaulicher Sicht günstiger wäre, das Theater als Kulturstandort zu nutzen. Eine erneute Nutzung des Gebäudes als reines Theater mit Bühne und Spielplan fernab der Berliner City ist wohl unrealistisch.

Hoffnungsvoll stimmt, dass sich **das Neue Sinfonieorchester Berlin für das Theater als seine neue Spielstätte interessiert** und über seinen Trägerverein Musikforum Klassik e.V. bei der HOWOGE ein Nutzungskonzept eingereicht hat. Allerdings müssten sich auch bei dieser Variante weitere Nutzer hinzugesellen. Eine solche Lösung wäre für die SPD-Fraktion zustimmungsfähig.

In der bisherigen Diskussion ist deutlich geworden, dass bei der Gestaltung der Mitte Karlshorsts neben kulturpolitischen auch städtebauliche und finanzielle Gesichtspunkte zählen. Diese gilt es in Einklang zu bringen.

Über Ihre Fragen, Meinungen und Anregungen sind wir sehr erfreut!